

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beilagegebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Wfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Wfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 22.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 27. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Warum klagst du?
Warum verzagst du? —
Siehe, aus lichtlosen Nebeln
Klingt sich ein strahlender Tag,
Und auf den härtesten Winter
Folgt Frühling und Amfelschlag!
Wisse: wie Abend und Morgen,
Stunden und Jahre vergehn,
So wird auch vor deinen Sorgen
Bald lächelnd die Hilfe stehn!

Erna Riedel-Titus.

Ein Fest der versäumten Gelegenheiten.

Hinter uns liegen die offiziellen Reichsgründungsfeiern des 18. Januar. Wir wollen gerne glauben, daß sie einen erhebenden Verlauf genommen haben, aber wir müssen uns doch auch darüber im Klaren sein, daß solche Feste an der grauen Wirklichkeit nichts ändern können. Wenn nicht zugleich Mittel und Wege gezeigt werden, die uns aus der trostlosen Gegenwart in eine lichtere Zukunft führen können. In diesem Zusammenhang muß ich nun freilich sagen, daß wir schließlich auf alle offiziellen Feiern hätten verzichten können, wenn die deutsche Regierung an demselben Tage, an dem wir den Erinnerungstag des Versailles von 1871 feierten, auch den Kampf gegen das zweite Versailles von 1919 wieder aufgenommen hätte und eine feierliche Erklärung von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Weltkrieg alle am Vertrag beteiligten Staaten zugesandt hätte. — Die betrübende Tatsache aber, daß Curtius dieses zweite Versailles, das nun doch einmal das Versailles der Gegenwart ist, in Genf weder bei seinem ersten Auftreten vor dem Völkerbund noch bei der Reichsgründungsfeier in der Deutschen Botschaft erwähnt hat, ist der deutliche Beweis dafür, daß von diesem Reichsaussenminister ein ernstes Anpacken dieser Frage überhaupt nicht mehr zu erwarten ist; und ich fürchte, von Brüning, der sonst zweifellos tüchtiger ist, muß in bezug auf Versailles daselbe gesagt werden, weil auch er der entscheidenden Frage an diesem Tage völlig ausgewichen ist. — Und so komme ich zu der Feststellung, die schmerzhaft, aber notwendig ist. Es fehlt unserer Reichsregierung heute noch, wo elf Jahre nach diesem furchtbaren Ereignis in das Land gegangen sind, an einer grundsätzlichen Einstellung zu dem Hauptübel unserer Zeit, zu dem Frieden von Versailles; es fehlt sowohl an einer aufrechten Haltung unseren Feinden gegenüber, die uns ungehindert ausplündern können, und es fehlt auch an einem klaren Kurs in der Innenpolitik, der von der Tatsache auszugehen hätte, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles durch die Weimarer Nationalversammlung ein Unrecht am deutschen Volke war und darum auch von den Parteien, die dafür in erster Linie verantwortlich waren, wieder gut gemacht werden muß. Die Regierung scheint aber gar nicht zu ahnen, daß die Aufklärungsarbeit der Nationalsozialisten eigentlich ihre ureigenste und erste Aufgabe wäre, und daß alle Outgesinnten im deutschen Volke es nicht verstehen können, warum die Regierung die Frage des Friedens von Versailles wie ein heißes Eisen behandelt, das man nicht anfassen kann. In diesem Zusammenhang muß auch an das empörende Verhalten des Vorgängers Brüning, nämlich des Herrn Marx erinnert werden. Marx hatte kurz vor der Annahme des Dawes-Vertrages durch den Reichstag die Deutschnationalen durch das Versprechen gewonnen, daß er allen Vertragsmachern von Versailles eine Note über die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg zuschicken wollte. Er tat es aber bekanntlich nicht und gab zu seiner Entschuldigung an, daß er sich auf den Zeitpunkt nicht festgelegt habe. Und diesen Jesuitismus in Reinheit läßt sich das deutsche Volk gefallen! Und wenn nun Brüning wieder an dieser Kardinalfrage vorbeigeht, obwohl es ihm doch nicht wie etwa Curtius an Energie mangelt, so darf man wohl annehmen, daß es um der eigenen Partei willen geschieht, die nicht blamiert werden darf und auch um der Sozialdemokratie willen, die bei der Stange gehalten werden soll. Kurz und gut, trotz allem guten Willen, den Brüning in manchen Dingen zeigt, seine Politik ist und bleibt eine Politik ohne Grundlagen und muß deshalb über kurz oder lang scheitern. — Nebenbei bemerkt, warum konnte der deutsche Botschafter in London gegen die Kriegsschuldfrage Stellung nehmen? Gilt er vielleicht als ein Außenminister im Auswärtigen Amt? — Ich komme nun zu unserer evangelischen Kirche. Denn auch die Kirche hat ja besondere

Feiern am 18. Januar gut geheissen und angeordnet. Es läßt sich nun freilich gegen den Inhalt dieser Kundgebungen nichts sagen, aber ich vermisse darin schmerzhaft den Hinweis auf die schwere Schuld von Versailles, die unser Volk durch die Duldung einer Weltlüge auf sich genommen hat, wodurch auch der Ertrag des Versailles von 1871 mehr oder weniger illusorisch geworden ist. Sollte aber nicht unsere liebe evangelische Kirche als der stärkste Hort der Wahrheit und Gerechtigkeit, den wir überhaupt haben, jede Gelegenheit ergreifen, um unsere Gemeinden zum Kampf gegen die Schuldfrage von Versailles aufzurufen? — Und wenn das Vermessen bei dieser Reichsgründungsfeier noch ertragen werden könnte, so fühle ich es doch doppelt empfindlich bei jeder Wiederkehr des Trauertages von Versailles. Gewiß, einmal, bei der 10-jährigen Wiederkehr des 28. Juni 1919 hatte auch unsere Kirche einen entsprechenden Erlaß herausgegeben, aber es geschah so spät, daß z. B. in meiner Gemeinde, die gerade an dem betreffenden Sonntag das größte Fest des ganzen Jahres feierte, von einer würdigen Feier nicht die Rede sein konnte. Aber warum legt sich unsere Kirche überhaupt solche Beschränkungen auf? Es sollte doch vielmehr heilige Aufgabe unserer evangelischen Kirche sein, unsern lieben deutschen Volk, das da, wo es sich um sein eigenes Wohl handelt, so schwerfällig und unfähig ist wie kein anderes Volk, immer wieder die Wahrheit einzuhämmern: Wir haben uns durch Anerkennung der Schuldfrage von Versailles nicht nur gegen unser teures Vaterland, sondern auch gegen Gott auf das Schwerste veründigt und können nur durch Buße und Sinnesänderung seinen Segen wiedererlangen, vergl. Jes. 7, 13: „Es ist ein Bann, Israel, darum kannst du nicht stehen vor deinen Feinden, bis daß ihr den Bann von euch tut.“ — Und darum richte ich zum Schluß an alle, die unsere Kirche von Herzen lieb haben, die Bitte, in den kirchlichen Vertretungen und auf den Synoden dafür zu sorgen, daß wir zum 28. Juni 1931 einen allgemein anerkannten kirchlichen Trauertag wegen des Friedens von Versailles begehen können — der dann solange nicht mehr verschwinden darf, bis wir unsere Freiheit und unser gutes Gewissen wiedererlangt haben. Es ist höchste Zeit, längst Versäumtes nachzuholen! Mit Nachdruck sollten sich die lieben Segnungsgenossen zur Tat ermuntern und ihren Einfluß im obigen Sinne unserer Kirchenleitung gegenüber zur Geltung bringen.

Friedrich Gensichen, Pastor, Rottwisch, Sagan-Land.

Gedanken eines Harmlosen.

Da ist nun wieder so eine Sache, über die ich in meiner Harmlosigkeit nicht hinwegkomme. Man hört und liest in letzter Zeit immer öfter und immer überzeugender nicht nur von deutschen, sondern besonders auch von ausländischen Männern in öffentlichen Stellungen, von Politikern, Gelehrten, Militärs und Zeitungsmenschen, daß die Schuld oder wenigstens die Allschuld Deutschlands am Kriege eine Lüge sei, der Vertrag von Versailles daher ein Unrecht gegen Deutschland bedeute, die Tributverpflichtung also ein „Fehlurteil“ darstelle. Mussolini forderte öffentlich wiederholt laut und scharf die Revision der Verträge, und unsere Regierung schweigt — sie schweigt ein langes Jahrzehnt hindurch. Oder genau gesagt, der immer lauter und dringender werdenden Stimme des geplagten und geknechteten Volkes gegenüber, hat sie nur die eine Entgegnung, daß wir erst unsere Finanzen sanieren müßten, dann könnte man an den Versuch einer Wiltberung des schändlichen Youngvertrages herantreten. Das verstehe, wer will und kann, ich nicht! Den unbarmherzigen Gläubiger erst dann von der Zahlungsunfähigkeit überzeugen zu wollen, wenn die Finanzen in Ordnung gebracht sind?! Das kommt mir doch vor, als wenn der Kaufmann an der Hand seiner Bilanz seinen Bankrott erkennt, aber denselben erst dann beim Gericht anmeldet, bezw. sich mit seinen Gläubigern erst dann auseinanderzusetzen will, wenn seine Bilanz wieder in Ordnung ist, wenn die Schulden mit den Vermögenswerten balancieren. Dieser Kaufmann wäre ein Narr. Welche geheimnisvollen Mächte stehen aber im Hintergrund, daß unsere Regierung so ähnlich handelt? Der Kaufmann, der auf Grund seiner schlechten Bilanz nicht die Folgerung zieht und seine Zahlungsunfähigkeit erklärt, macht sich strafbar und er wird bei seinem törichten Verhalten fassen, daß er sich immer weiter ins Unglück hineinreißt. Ebenso wird es Deutschland ergehen. Ich möchte doch das Gohlnachen des rücksichtslosen Frankreichs sehen, wenn Deutschland seine Finanzen „in Ordnung“ gebracht hat

und dann Ermäßigung oder Erlaß der Tribute verlangt! —

Aber freilich, dahin wird es gar nicht kommen. Wohl wird Volk und Wirtschaft immer mehr ins Unglück, ins Elend hineingerissen, aber die Finanzen nicht saniert werden. Eine so kranke Wirtschaft wie die unsere, kann mit neuen Steuern wohl immer mehr ruiniert werden, es lassen sich aber keine höheren Einnahmen erzielen, oder aber es werden auch gleichzeitig dadurch die Ausgaben ganz zwangsläufig erhöht. Vor mir liegt die Uebersicht der Reichseinnahmen an Steuern und Zöllen vom ersten April bis 30. November 1930. Danach sind die Steuereinnahmen für diese 8 Monate um rund 244 Millionen, die Zölle und Verbrauchsabgaben um fast 500 Millionen gegen die Veranschlagung zurückgeblieben. Aus der Tabaksteuer will man jetzt noch mehr herausheben, dabei haben die Einnahmen für die genannte Zeit einen Ausfall von über 80 Millionen erbracht. Die Mineralwassersteuer sollte 23,3 Millionen abwerfen, weist aber nur 12 Millionen Einnahmen auf. Immer für die ersten 8 Monate gerechnet, fürs ganze Steuerjahr erhöhen sich die Fehl-Einnahmen also voraussichtlich um ein Drittel. Schon jeder Bauer weiß eben ganz genau, daß auch von der allerbesten Milchkuh sich nur eine gewisse Menge Milch ermelken läßt. Ein weiteres Melken, selbst mit den schönsten Augen und bei den zartesten oder auch rücksichtslosesten Melkstrichen, bekommt man statt weiterer Milch höchstens eine h r a n k e M u h. Und so erkrankt und erliegt immer mehr unsere Wirtschaft, das Arbeitslosenheer vermehrt sich von Woche zu Woche, durch den zwangsweisen Abbau der Gehälter und Löhne wird die Kaufkraft der Masse immer mehr gemindert. Neue öffentliche Schulden werden gemacht. Alles nur Versuche, um den Reichshaushalt „in Ordnung“ zu bringen. Dazu werden sogar den Ländern und Städten die Zuschüsse gemindert, trotzdem deren Ausgaben selbst fortwährend im Steigen sind. Die Stadt Leipzig hat allein im Wohlfahrtsrat einen Fehlbetrag von 10 1/2 Millionen Mark.

Ich werde lebhaft an die Inflationszeit erinnert. Für die damaligen „Racher“ war die Zeit für die Rentenmark auch erst dann reif, als dem treuen Staatsbürger auch das letzte Vermögensbröckchen abgenommen war. So scheint es auch jetzt „führenden Männern“ zu geben, denen erst dann die Zeit geeignet zu sein erscheint, gegen die wahnsinnigen Tributzahlungen ein energisches Veto einzulegen, wenn das Volk samt Wirtschaft ganz zu Grunde gerichtet ist. Da reißt der sonst wenig sympathische frühere Reichsbankpräsident Schacht, der fast bis zum Schluß im Haag die Regierung für Annahme des Youngplans vertreten hat, im Ausland umher und hält Vorträge über das Unmögliche der Durchführung des Youngplans. Er stellt am Ende seiner Rundreise fest, daß fast allgemein das Ausland nur darauf wartet, daß mit der Aufröhlung der Tributänderung Deutschland die Initiative ergreift, aber — die deutsche Regierung unternimmt nichts weiter, als daß sie auf diesem Gebiet den Freiheitswillen des deutschen Volkes unterdrückt, und statt zu schützen und zu fördern, bekämpft sie diejenigen, welche von glühendster und selbstloser Vaterlandsliebe getrieben, sich entsprechend betätigen.

In der letzten Nummer des christlich-sozialen Wochenblattes „Christlicher Volksdienst“ wird in einem Artikel „Kleinentnernot“ geklagt, wieviel Notwendiges wird unterbleiben müssen, weil immer weitere 100 Millionen Reichsmittel zur Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden müssen. Zu diesem Bielen, das unterbleiben wird, gehöre wahrscheinlich wieder das dem Reichstag schon vor langer Zeit versprochene Kleinentner-Versorgungs-gesetz. Es wird weiter — ganz richtig — anerkannt, daß die Not der 200—300 000 Kleinentner (frühere Kapitalrentner, deren Vermögen die Inflation vernichtete), ebenso groß sei, wie die der Arbeitslosen. Der Artikel schließt dann wörtlich:

„Einige Beispiele, dem Schwarzbuch der Kleinentnerfürsorge des Deutschen Rentenbundes entnommen, mögen zeigen, wie wenig die nach allgemeinen Fürsorgegrundsätzen gehandhabte Unterstützungsart der besonders gelagerten Not entspricht.“

Frau H. in J., Alter 74 Jahre. Kleinentnerunterstützung monatlich 20 RM (Nichttag 35 RM). Erhöhung der Rente wurde abgelehnt, da Frau H. trotz größter Gebrechlichkeit versuchte, sich durch zwei Pensionäre eine geringe Einnahme zu verschaffen. Die Arbeit überstieg ihre geringen Kräfte, sie brach völlig zusammen und mußte in hoffnungslosem Zustand einem Siechenheim überführt werden.

Ghepaar S. in D. Friedensvermögen 150 000 Reichsmark. Kleinentnerunterstützung monatlich 33 RM

(„Hochsitz“ 40 RM). An sonstigen Einnahmen lediglich eine Vorkasse von jährlich 300 RM vorhanden. Dagegen hat Herr S. monatlich 35 RM Miete zu zahlen. Ein Antrag auf Erhöhung der Unterstützung wurde vom Wohlfahrtsamt ohne Begründung abgewiesen.

Ehepaar G. in W. Alter: Mann 80, Frau 70 Jahre. Beide schon leidend und pflegebedürftig. Früheres Vermögen 30 000 RM. Kleinrentnerunterstützung zusammen 40 RM monatlich. Mietkosten 15 RM, also 25 RM zum gesamten Lebensunterhalt für zwei Personen.

Das sind wohllos herausgegriffene Beispiele, die sich endlos vermehren ließen. Bei fast allen ist zu bedenken, daß sie früher eine günstige Lebenshaltung hatten, daß sie meist sich scheuen, um Unterstützungen zu kämpfen, den Rechtsweg zu beschreiten.

Also auch hier wieder, mögen die um ihren friedlichen Lebensabend Betrogenen verkommen oder zum Gaschlauch greifen (jede Viertelstunde stirbt ein Deutscher durch Selbstmord), zuerst werden an das reiche, zweitgrößte Goldland, Frankreich Tribute bezahlt, zu Unrecht bezahlt!

Man denke an die Wohnungsnot mit ihrer furchtbaren sozialen Auswirkung. Auch hierfür ist kein Geld da, und 1931 werden wiederum noch weniger Neubauten entstehen als im Vorjahr, weil auch hierfür „zugunsten des Staats“ die Mittel vom Reiche gekürzt wurden. Dabei haben die Nationalsozialisten ein festes Programm, um auch Einfamilienhäuser in jeder benötigten Anzahl völlig zinsfrei für den Bauenden herzustellen, und zwar ohne besondere Reichsmittel, sondern mit Hilfe einer sogenannten Baubank, ähnlich der rettenden Rentenbank, also ohne Inflation. Dieses Programm liegt schon jahrelang vor, ist dem Reichstag und der Regierung bekannt, auch ist es noch niemand möglich gewesen, die Undurchführbarkeit zu beweisen, und doch — Ablehnung! (Das Baukapital ist natürlich dagegen.) Bei Verwirklichung des Programms eintretende Belebung der Wirtschaft, Arbeitereinstellung, höhere Steuereingänge, geringere Ausgaben, besonders der Soziallasten brauche ich hier nur anzudeuten.

Kein Zeitpunkt, die Tributfrage aufzurollen, ist wohl so günstig wie der gegenwärtige. 4½ Millionen Arbeitslose, bei dem für die Arbeitsmöglichkeit immerhin günstigen Winterwetter! Man komme mir nicht mit der irreführenden Weltwirtschaftslage. Erstmal hat z. B. Frankreich fast gar keine Arbeitslosen, sodann ist es doch wirklich ein ganz gewaltiger Unterschied, ob ein schon ziemlich restlos ausgefogenes Land (die großen Bank- und Warenhäuser gehören im allgemeinen nicht dazu, weil international) noch jährlich 2 000 Millionen Mark Tribute und 1 500 Millionen Mark Zinsen an das Ausland zahlen muß, oder ob ein mehr oder weniger blühendes Land Tribute und Zinsen einnimmt.

Ich frage wieder, warum schweigt bei so einem günstigen Zeitpunkt die Regierung noch immer und unterläßt es nicht? — Einen Grund, der aber nicht der alleinige sein kann, könnte ich mir wohl denken. Gerade die am Ruder befindlichen rot-schwarzen Parteien müßten ihre früheren unverzeihlichen Fehler eingestehen. Ich erinnere an die Rolle Erzbergers vor und nach dem Waffenstillstand, Scheidemanns Ausspruch am 9. November 1918: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ Derselbe aber, als der „Sieg“ in Gestalt des Versailler Schandvertrages zu Tage kam: „Die Hand müßte verdorren, die diesen Vertrag unterschreibt.“ Er wurde unterschrieben, es gab keine verdorrenen Hände, aber Youngsklaven. Wie oft wurde das Volk beruhigt und getröstet auf „Silberstreifen“ und „Ankurbeln der Wirtschaft“, nichts war es. Dann all die weiteren Unterschreibungen bis zum Youngvertrag mit den Versprechungen der Steuererleichterungen, die nie erfolgten, dafür aber neue Steuern und wieder neue Steuern mit ihren schlimmen Wirkungen. Da mag es wohl schwer sein, jetzt einzugehen, daß man sich geirrt, daß man furchtbare Fehler

gemacht hat. Aber dann kann man auch verstehen, wenn die Mehrheit des Volkes immer mehr „radikal“ wird und ruft: Weg mit diesem System und etwas ganz Neues an dessen Stelle! Und die 12 Jahre des zurückgelegten schweren Leidensweges genügen wahrlich, um zu zeigen, daß dieser Weg nicht zur Höhe führt.

Jede vaterländische Zeitung irgendwelcher Richtung, jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, gleichviel, ob und welcher Partei er angehört, hat die heilige Pflicht, bei jeder Gelegenheit zu werben und zu fordern um eine Regierung, welche mit ganzem Ernst, mit allem Nachdruck und mit eiserner Zähigkeit vor allem eintritt für Revision des auf niederträchtiger, bewußter Lüge fußenden Versailler Vertrags. Um eine Regierung, die sich die nötige Macht dazu schafft, indem sie das Volk über diesen Betrug von Versailles aufklärt, statt die auf diesem Gebiet tätigen und treuesten Bürger zu unterdrücken. In kurzer Zeit wird die zweitgrößte Mehrheit des Volkes hinter ihr stehen und diese Macht, wenn auch ohne Waffen, wird vom Ausland Unterstützung finden und von unseren Feinden nicht unbeachtet bleiben.

Eins ist sicher, vor unseren Augen entsteht jetzt entweder ein radikaler Rechtsstaat mit neuen Weltanschauungen, in welchem auch Kirche und Glaube Schutz genießt, oder aber ein Linksstaat, in welchem zwangsläufig nach russischem Muster der Bolschewismus auch über Kirche und deren Glieder rücksichtslos herrscht. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, so mag 1931 wohl die Entscheidung bringen. Wenn der Führer des sozialdemokratischen Reichsbanners fordert, daß das Reichsbanner am 22. Februar „marschbereit“ sei, oder in Breslau die Sozialdemokratie auffordert, den passiven Widerstand durch aktiven Kampf abzulösen und verlangt, daß das Reichsbanner sämtliche bürgerlichen Mitglieder ausschließt, so muß man mit wehem Herzen annehmen, daß leider noch viel Blut fließen wird. Gut ab vor denen, die in selbstloser Weise, von glühender Vaterlandsliebe getrieben, so offen und opferbereit für ein neues, sauberes, starkes Vaterland eintreten und werben. Wir aber, welcher Partei wir auch angehören oder, so harmlos wie ich, parteilos sind, hüten wir uns, diesen Kämpfern hinderlich zu sein. Sehen wir doch wenigstens in dieser Zeit, wo es sich um die Entscheidung handelt, ab von diesem und jenem, was uns „nicht gefällt“ oder uns „nicht ganz richtig“ erscheint. „Kleinlichkeiten“ sind jetzt nicht am Platze. Wer nicht als Kämpfer in der Front sein kann oder will, der hindere nicht, sondern unterstütze. Heute geht es um die große Linie. Ist das wackelnde Haus erst glücklich gerettet und fest gefügt, dann wollen wir am inneren Ausbau arbeiten und prüfen, welche Tapete oder Bild am Vorstellbarsten ist. Heute ist es wieder an der Zeit, keine Parteien zu kennen, sondern nur Streiter, die rücksichtslos den Kampf aufgenommen haben gegen den Verderber — gegen V i n k s. Ernst Seiter.

Nazareth und „Nazi“.

Diese Überschrift wird vielleicht bei dem einen oder anderen der Leser ein allgemeines Schütteln des Kopfes hervorrufen. Nazareth, die Stadt in Galiläa, was hat die mit dem „Nazi“ zu tun? Oder sollte es sich vielleicht um eine Reibschreibung handeln? Nein, es geht mir bei der Zusammenstellung beider Stichworte um etwas anderes, um etwas Grundtiefes, nämlich um eine Auseinandersetzung zwischen den Grundfragen mächtiger Zeitströmungen und den Grundfragen biblischer Weltanschauung. In diesem Zusammenhang um den Einbruch nationalsozialistischer Denksin in christliche Kreise! Zwingt uns dieser Einbruch zu einer Abwehr? Zwingt er uns zu einer Abkehr von bisher gepflegten Anschauungen? Mit der Abgabe oder Nichtabgabe eines Stimmzettels allein werden wir der Tatsache nicht gerecht, daß uns diese Massenbewegung aus der Tiefe des Volksge-

müßes heraus zu einer ungeheueren ersten Aufgabe zwingt. Jede geistige Bewegung, die Machtansprüche auf menschliche Gefolgshaft erhebt, muß durch ein Programm ihr Wollen offenbaren. Gelingt es ihr, in den Besitz der Macht zu kommen, dann darf der Zwiespalt zwischen Programm und Erfüllung nicht allzu groß sein, denn sonst kommen bald neue Männer mit neuen Forderungen, die um die Gunst der Massen werben. Die beiden wichtigsten programmatischen Erklärungen, die unsere Generation bewegen, sind das Erfurter Programm (Kommunistisches Manifest) und das Programm der Nationalsozialisten. Alle anderen Erklärungen verschwinden mehr oder weniger zwischen diesen beiden Weltanschauungen.

Der biblisch orientierte Christ kennt den absoluten Machtanspruch, den Christus erhebt, wenn er Menschen in seine Gefolgshaft ladet. Er weiß, daß sein Reich nicht von dieser Welt ist, er betet: Dein Reich komme! und muß doch in Erwartung eines völlig veränderten Zustandes, einer neuen Welt, in dieser leidlichdrängten Erde noch den Kampf ums tägliche Brot führen. Dem katholischen Christen bietet sich ein Programm an, dem er autoritätsgläubig sich unterwirft, da es ihm die Sorge um sein Seelenheil abnimmt. Dem katholischen Durchschnittschriften ist in seiner Partei eine politische Heimat geboten. Der bewußt evangelische Christ beneidet ihn nicht um beides. Im Kampfe des Glaubens eringt er den Zugang zur freien Gnade Gottes und wirft den Anker seines Lebens auf den Glaubensgrund von Golgatha. Aber hier ruht er nicht im Bemühen: Wenn ich nur selig werde! Nein, immer wieder kehrt er zurück in den Kampf des Alltages, immer wieder drängt es ihn hinein in das Ringen um die menschliche Seele, die er für den König aller Könige werben möchte. Und wenn man nach dem Programm fragt? Nun, ich möchte kein nationales und soziales Programm, wie das von Nazareth! In Lukas 4 lesen wir im Anschluß an die Versuchungsgeschichte: „... und er kam gen Nazareth, da er erzogen war und ging in die Schule nach seiner Gewohnheit am Sabbat und stand auf und wollte lesen. Da ward ihm das Buch des Propheten Jesaja gereicht. Und da er das Buch aufst, fand er den Ort (Jes. 61, 1, 2), da geschrieben steht: „Der Geist des Herrn ist bei mir, darum, daß er mich gesandt hat zu verkünden das Evangelium den Armen, zu heilen die zerstoßenen Herzen, zu predigen den Gesungenen, daß sie los sein sollten und den Blinden das Gesicht und den Zerschlagenen, daß sie frei und ledig sein sollen, und zu verkündigen das angenehme Jahr des Herrn.“ Und er fing an zu sagen vor ihnen: „Heute ist diese Schrift erfüllt vor euren Ohren.“

National ist dieses Programm deshalb, weil es nicht in der Hauptstadt als Rede vor einer erlauchten Thronversammlung gehalten wird, sondern in der Vaterstadt Jesu, dessen Bestes er sucht! National ist es deswegen, weil nicht von Versprechungen die Rede ist, die unerfüllbar sind. Sozial ist es, weil es sich an die gedrückte Masse des Volkes wendet. Hat nun Jesus sein Programm erfüllt? Das neue Testament gibt klar und deutlich die Antwort darauf.

Und nur ein ganz geringer Teil seiner Taten ist aufgezeichnet.

Aber die Enttäuschten und Undankbaren schlugen ihn ans Kreuz! Warum? Weil sie ihr eigenes politisches Programm nicht durch ihn erfüllt sahen, weil sie in ihrer Messiasoffnung enttäuscht wurden! Und heute? Ich habe volles Verständnis dafür, daß gläubige Christen sich gesondert zusammenschließen, um dem deutschen Volke zu dienen. Aber es würde mir als Frevel erscheinen, wollten diese Männer ein politisches Programm aufstellen, in der Hoffnung, der lebendige Herr würde diesem Programm zum Siege verhelfen. Lebendige Christen können sich nie absolut an eine Staatsform binden, weder an eine monarchistische, noch republikanische, weder an ein Räte-System, noch an eine Diktatur! Das Programm von

Verfunken . . . aber nicht vergessen.

Es war im Sommer des Jahres 1926, wo ich mit meinem Vater durch die Kuranlagen des Solbads Kreuznach bummelte. Mein Begleiter verfenkte sich im Anblick altertrauter Stätten in Reminiszenzen, denn Kreuznach war das Paradies seiner Jugend: Hier hatte er das Gymnasium besucht und mit fröhlichen Kommilitonen eine sonnige Zeit verbracht. Er hatte einst die Stadt mit ihren hellen Hotels im Schmuck der Schwarz-weiß-roten Flaggen gesehen, als die Siegesnachricht von 1870 über sie dahin brauste, und sich gefreut über die endlosen Züge gefangener Rothosen und Turkos, die vom Bahnhof nach ihren Unterkunftsquartieren geleitet wurden. Ja, ein ewiges Andenken an die Herrschaften trug er in Narben zeitlichen am Leibe: Sie hinterließen ihm nämlich die schwarzen Pocken, die ihn an den Rand des Grabes gebracht hatten.

Unter diesen Neben waren wir vom Kurgarten durch die breiten, schattigen Alleen zu einem Riesenquadrat gekommen, wo sich hinter uralten Bäumen, die aus verwitterten, unkrautüberwucherten Rasen emporragten, ein imposanter, weißer Bau erhob, vernachlässigt, mit losgerissenen Fensterläden, . . . über die marmorne Freitreppe stürzten schlecht uniformierte französische Alpenjäger mit Essenbehältern in den Händen, und niemand kümmerte sich darum, wenn die fette Bräute aus den Töpfen über den weißen Marmor lief. Ueber den Rasen und die brennelfelbestandenen Wege wurden Pferde und Maulesel geführt, vorbei an den Bildwerken schlanker Götinnen, die entblößt und geschändet in Nischen standen, die ihres Buschwerkes beraubt waren. Ich blickte fragend nach meinem Vater, und was ich sah, ließ mich bis aufs Mark erschauern: Wie Erz stand die alte Männergestalt, mit gestrafften Fäusten — in den stählernen Augen blinkten Zähne, und ich hörte den

heitere Stimme aufschlagen: „Kind, das ist der Dranienhof — der Dranienhof — weißt Du, was das bedeutet? Hier, auf der Treppe, sah ich den alten Kaiser Wilhelm mit seinen Fürsten, Bismarck — ach alle, die Großen, die hier in dem märchenhaft schönen Haus abgestiegen waren, und, die zu sehen, wir stundenlang vor dem Parkgitter gewartet hatten. Du kannst Dir nicht denken, wie bezaubernd damals die Anlagen waren, die Wiesen glücken smaragdnen Teppichen, die Blumenornamente waren unübertroffen und schimmernden taufendfältig in den Strahlen lustiger Springbrunnen. — Hier war 1918 das große Hauptquartier, und ich sah Wilhelm den Zweiten, schlicht und ernst, wie er an der Seite Hindenburgs das Hauptportal verließ. — Und nun: Der Dranienhof eine Kaserne für die Alpenjäger der „grande nation“, sein Park ein Tummelplatz für Pferde und Maulesel . . . Still schlichen wir davon, aber, als das weiße Haus schon fast verschwunden war, wandte sich mein Vater noch einmal, und nun klang seine Stimme klar und drohend: „Frankreich, Du zerstörst unsere Kultur — besser könnstest Du nicht arbeiten gegen Deine eigene Zukunft. Die todmüden Deutschen schlafen, aber, glaube mir, ich kenne mein Volk: Wenn mein Gebirn längt bleibet . . . dann kommt ein Tag . . . der wird über Euch Welschen dahindrausen wie die Brandung des Meeres!“ — Mir war, als vernähme ich eine sieghafte Verheißung, an deren Erfüllung mitzuarbeiten mir mit einem Male als große Lebensaufgabe in gewaltiger Forderung vor die Seele trat.

Vor kurzem weilt ich wieder in Kreuznach. Heiße Sehnsucht nach dem Vater, der mir nun sichtbar für immer entrückt ist, trieb mich zu allen den Stellen, die mir durch ihn teuer geworden sind. In meiner Hand lag die kleine braune Faust meines Jungen, und ich erzählte ihm von dem, was mir sein Großvater einst an gleicher Stelle lebendig gestaltet hatte. So kamen wir auch an die Ecke des Dranienhofs. Aber — wir mußten doch wohl irre

gegangen sein, denn an der Stätte war nichts zu sehen als eine weite Oede: Endloses Unkrautgestrüpp, zwischen dem roter Feldmohn und wilde Wicken wucherten. Darunter Steingeröll und hin und wieder der weiße Stern in einem Gollunderbusch, den der Wind gesät hatte. — Als ich noch zweifelte, kam ein alter Herr des Wegs, und ich fragte ihn nach dem Dranienhof. Er lachte kurz und bitter: „Ja, da war einmal der Dranienhof, gnädige Frau,“ gab er zur Antwort. „Den Franzosen schien er geeignet zu Kasernezzwecken. Zu leicht genügte er nur noch als Pferdestall. — Als die Herren abgereist waren, stellte sich heraus, daß der Dranienhof derart verfallen war mit Banzen und sonstigem Ungeziefer, daß der Stadtverwaltung nur der letzte Ausweg blieb: Das verwüstete Gelände ganz abzureißen.“ Andenken an die „große Nation“ hüftelte der Alte im Weitergehen. —

Wie lange stand ich wohl so verfunken am Gitter? — Plötzlich wurde leise an meinem Arm gezerrt, und es klang ein wenig ängstlich an meiner Seite: „Mutter, was schaust Du immer da hinein, wo es noch nicht einmal schön ist? Und den alten Mann mag ich gar nicht leiden, weil er Dich doch geärgert hat — so furchtbar, daß Du weinen mußt.“ — Und nun erzählte ich meinem Vaten die Geschichte vom Dranienhof — so, wie sie mein Herz entflammte. Als ich geendet hatte, fühlte ich, wie die kleine Faust in meiner Hand eisenhart wurde, und ein rührendes Stimmchen sagte: „Mutter, wenn ich groß bin, dann will ich Dir den Dranienhof wieder bauen.“ Da war mir mit einem Mal, als geriffe der Schleier, der über meinen Augen lag, und in der Ferne sah ich einen hellen, befreienden Wetterstrahl. . . Deutschland, heiliges Vaterland, noch bist Du nicht arm, denn über Deine Trümmer fließt das heiße Herzblut Deiner Söhne und Töchter, aus dessen Saat langsam reifen wird der deutsche Heldenville Deiner Enkel.

Sanna Kappesser.

Nazareth schreie gram der Me sucht es das V zuerst dem V und weiter: m füllbaren Ver praktische Hilfe wir das Progr Laufe politisch und um unsere Maßstab dafür werk dienen d Sinne von Lu Programmes n daher jederzeit kenwelt beh Christ sich d sphen Program det, das wird entscheiden sei Christ oder der über zu richten nis. Wer nicht nur, was man Wer gottfelig möchte von der fönliche Leben wird, wissen n so entscheiden; leb t haben: T heilige Höhen, kes verbunden wagte, für die Und als wi Kampf durchgl begonnen, in wir erlebten u die uns der T ten, in Liebe d uns zur Stadt

Es war 191 Seitdem ha Wir sind W Wir stehen und der, die Reihen schließe da versteht ma Und Der Im Von Singe Wir Das

Nachprü Ein Appell B Der Prä Butler, einer schen Partei d Worten die M legung einer malige Unter unternehmen. der Kosten de die untragbar und habe di lufte verurfa Staaten flug

„In süß uns erzählt, das in allen gesagt wird u in den Berei Kriegsmaterie Man gestatte ebenf ein U unterseeboole ist der Hau kommen.“

Vorsto In eine der amerik fessor Schott durch die U Deutschland i Murray versität in A Andrad, da Friedenstou den, sich nich litarischeine wirkliche

Annahme Zur Im Au wurde das Referaten de des Außenm gierungsblo difizierung d sprachen die niafki und Be durch den Be aus der San len die De dann mit 14 Liquidations

gabe zwingt.
sprüche auf
Programme
den Besitz der
Welt zwischen
sein, denn
Forderungen
Die beiden
die unsere
ramm (Rom-
der National-
winden mehr
tatschungs-
en absoluten
Menschen in
n Reich nicht
hommel und
änderten Zu-
durchdrängen
führen. Dem
rogramm an,
es ihm die
katholischen
ine politische
Christ benei-
Glaubens er-
tes und weist
nsgrund von
hehrt er zu-
ieder drängt
schliche Seele,
müchte. Und
an, ich wüßte
n, wie das
rschluß an die
azareth, da er
iner Gewohn-
lefen. Da
gereicht. Und
61, 1, 2), da
bei mir, da-
das Evan-
n Herzen, und
ollten und den
daß sie frei
as angenehme
en vor ihnen:
vor ihnen:
weil es nicht
uchten Thron-
der Vaterstadt
es deswegen,
die unerfüll-
drückte Maffe
Programme er-
deutlich die

Taten ist auf-
n schlugen ihn
politisches Pro-
sie in ihrer
ute? Ich habe
rsten sich ge-
hen Volke zu
scheiden, woll-
aufstellen, in
diesem Pro-
gristen können
en, weder an
rogramm von
ichts zu sehen
gestrüpp, zu-
en wucherten.
der der weiße
Wind gestät
in alter Herr
anienhof. Er
mal der Dra-
antwort. „Den
zwecken. Zu-
— Als die
daß der Dra-
und sonstigem
der letzte Aus-
abzureißen.“
der Alte im
am Gitter? —
gerzt, und es
„Mutter, was
nicht einmal
nicht leiden,
klar, daß Du
meinem Bu-
wie sie mein
hülte ich, wie
rt wurde, und
wenn ich groß
ieder bauen.“
er Schiefer, der
sch ich einen
land, heiliges
über Deine
er Söhne und
vird der deut-
Kappeffer.

Nazareth schreibt ihnen vor, daß sie jedes andere Pro-
gramm der Menschenbeglückung darauf zu prüfen haben:
Sucht es das Beste des Vaterlandes zuerst, wird es also
zuerst dem Vaterlande angeboten, d. h. ist es national?
Und weiter: macht es der gedrückten Masse keine uner-
füllbaren Versprechungen, sondern ist es in der Lage,
praktische Hilfe zu bieten, d. h. ist es sozial? Vergleichen
wir das Programm von Nazareth mit dem, was uns im
Laufe politisch bewegter Zeiten vor die Augen kommt
und um unsere Seele wirbt, dann haben wir immer einen
Maßstab dafür, ob Menschenwerk dem großen Gottes-
werk dienen muß, oder ob wir es als unevangelisch im
Sinne von Lukas 18 ablehnen müssen. Im Sinne des
Programmes von Nazareth können wir uns als Christen
daher jederzeit zu einer nationalen und sozialen Gedan-
kenwelt bekennen. Ob der eine oder andere gläubige
Christ sich dadurch insbesondere vom nationalsozialisti-
schen Programm angezogen fühlt, ja, sich dafür entschei-
det, das wird immer im Gewissen des einzelnen zu
entscheiden sein. Der parteipolitisch nicht gebundene
Christ oder der christlich organisierte hat kein Recht, dar-
über zu richten. Jede politische Entscheidung ist ein Wag-
nis. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Es fragt sich
nur, was man gewinnen will. Dem einen ist es Gewinn:
Wer gottförmig ist und läßt sich genügen, der andere
möchte von der Masse emporgetragen sein, um seine per-
sönliche Lebenshaltung zu verbessern. Was kommen
wird, wissen wir nicht, wenn wir uns politisch so oder
so entscheiden; aber eines wissen wir, weil wir es er-
lebt haben: Der Geist der Augusttage 1914 trug uns auf
heilige Höhen, weil wir uns mit dem Kern unsres Vol-
kes verbunden fühlten, der Leben und Glück daran
magte, für die Nation.

Und als wir zurückkehrten, wir alle, deren Seele im
Kampf durchglüht und innerlich umgeschmolzen, und nun
begannten, in heiligem Stolz zu zeugen von dem, was
wir erlebten und uns unserer Sendung bewußt waren,
die uns der Tod aufgepart hatte, als wir uns aufmach-
ten, in Liebe das Vaterland zu suchen, da . . . stieß man
uns zur Stadt hinaus.

Es war 1918 geworden. . .
Seitdem haben wir hier keine bleibende Stadt mehr.
Wir sind Wanderer zwischen zwei Welten geworden.
Wir stehen zwischen der Generation, die vor uns war,
und der, die nach uns kommt. Aber unsere eigenen
Reihen schließen sich immer enger zusammen. Hier und
da versteht man uns noch. Das ist uns Trost.

Und wenn es einst dunkelt,
Der Erd' bin ich satt,
Im Abendrot funkelt eine goldene Stadt!
Von glänzenden Zinnen
Singet der Chor,
Wir aber stürmen
Das himmlische Tor! (Eichendorff.)
Georg Wehnert.

Nachprüfung der Kriegsschulden

Ein Appell Butlers. — „Auch das Geld ist ein Instru-
ment des Krieges.“

— New York, 26. Januar.
Der Präsident der Columbia-Universität, Murray
Butler, einer der führenden Männer der republikani-
schen Partei des Präsidenten Hoover, mahnt in ersten
Worten die Regierungen, die nötigen Schritte zur Ein-
setzung einer internationalen Kommission für die noch-
malige Untersuchung der Frage der Kriegsschulden zu
unternehmen. Der Versuch, einen beträchtlichen Teil
der Kosten des Krieges zurückzuerhalten, habe Europa
die untragbare Last auferlegt, unter der es jetzt stöhne,
und habe die verhängnisvollen wirtschaftlichen Ver-
luste verursacht, die die Bevölkerung der Vereinigten
Staaten flugig gemacht habe.

„In süßen Worten,“ so fährt Butler fort, „wird
uns erzählt, daß es sich um geborgtes Geld handle,
das in allen Ehren zurückgezahlt werden muß. Nicht
gesagt wird uns jedoch, daß ein bedeutender Teil davon
in den Vereinigten Staaten selbst beim Erwerb von
Kriegsmaterialien zu hohen Preisen ausgegeben wurde.
Man gesteht uns nicht, daran zu denken, daß Geld
ebenfalls ein Instrument des Krieges ist wie Kriegsschiffe,
Unterseeboote und Kanonen. Das amerikanische Volk
ist der Hauptleidtragende bei den Kriegsschuldenab-
kommen.“

Vorstoß für wirksame Abrüstung.

In einer Ansprache vor der Jahresversammlung
der amerikanischen Völkervereinigung erklärte Pro-
fessor Schottwell, die Vereinigten Staaten hätten sich
durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit
Deutschland zur Abrüstung verpflichtet.

Murray Butler, der Rektor der Columbia-Uni-
versität in New York, gab in seiner Rede der Hoffnung
Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten zur nächsten
Friedenskonferenz mit dem festen Entschluß gehen wür-
den, sich nicht durch formalistische Debatten und mi-
litärtechnische Ausflüchte davon abbringen zu lassen,
eine wirkliche Abrüstung durchzusetzen.

Annahme des Liquidationsabkommens.

Durch den polnischen Sejmanschuß.

Im hiesigen Ausschuß des polnischen Sejm
wurde das Liquidationsabkommen besprochen. Nach
Referaten des Berichterstatters und eines Vertreters
des Außenministeriums nahm der Abgeordnete des Re-
gierungsblocks Jeszke das Wort und empfahl die Ra-
tifizierung des Abkommens. Gegen das Abkommen
sprachen die nationaldemokratischen Abgeordneten Wi-
niarski und Stronski. Stronski erklärte, daß sich Polen
durch den Verzicht auf die Liquidation die Waffe habe
aus der Hand schlagen lassen, um in den Grenzbezir-
ken die Deutschen zu belästigen. Der Ausschuß hat
dann mit 14 gegen 5 Stimmen der Ratifikation des
Liquidationsabkommens zugestimmt.

Schluß in Genf.

Ueberrumpelungsaktion Briands

In der Schlußdebatte über die Abrüstung. — Die Ein-
berufung der Konferenz zum 2. Februar 1932 vom
Rat gebilligt.

— Genf, 26. Januar.

Nach der Geheimnisgung über die Abrüstung befaßte
sich der Völkerbundsrat nochmals in öffentlicher Sit-
zung mit den am Vortage getroffenen Vereinbarungen,
wobei der Bericht Quinones de Leon über die vorberei-
tende Abrüstungskonferenz gebilligt und die Einberu-
fung der Weltabrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932
besätigt wurde.

Der Bestätigung war eine längere Debatte vor-
ausgegangen, in der der englische Außenminister Hen-
derson die Auffassung vertrat, „alle Regierungen müs-
sen glücklicherweise festgelegt worden sein.“ Ueberraschen-
derweise glaubte Henderson noch feststellen zu müssen,
mit dem von der vorbereitenden Kommission ausgear-
beiteten Entwurf sei ein fester Rahmen gegeben, der
jetzt nur noch durch die Eintragung von Ziffern aus-
gefüllt zu werden brauche.

Hendersons Ausführungen veranlaßten Reichs-
außenminister Dr. Curtius zu einer Gegenerklärung,
in der er nochmals betonte, daß der vorliegende Ab-
rüstungsentwurf eine Empfehlung ohne rechtliche Ver-
pflichtung darstellt, wie die deutsche Regierung diesen
Entwurf ja auch als Grundlage der Verhandlungen
abgelehnt hat. Die deutsche Regierung betrachte jeden-
falls die Frage des Systems der Abrüstung als noch
offen und verwahre sich dagegen, die Aufgabe der Ab-
rüstungskonferenz auf die Eintragung von Ziffern zu
begrenzen.

Nach Curtius meldete sich Briand zu Worte, um
der Debatte eine politische Wendung zu geben. Briand
meinte, die Entschließung des vorbereitenden Ausschusses
bilde einen solchen Rahmen, seine Arbeiten müßten erst
genommen werden und es gehe nicht an, die Ergebnisse
fünftägiger „Rebeit“ als vollkommen wertlos hinzustellen.
Es bleibe selbstverständlich den Staaten, die den Entwurf
abgelehnt hätten, unbenommen, ihre Vorbehalte auf der
Konferenz erneut vorzubringen. Wenn man sich aber auf
den Standpunkt stelle, daß die Konferenz ohne Berücksich-
tigung der Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses voll-
kommen von neuem anfangen müsse, so bedeute das, daß
die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt sei.
Es würde dadurch ein neues Hindernis für die Verständi-
gung der Völker aufgerichtet.

Die Tendenz dieser Ausführungen war also die,
die Verantwortung für einen möglichen Zusammen-
bruch der Abrüstungskonferenz schon heute auf die
Mächte abzuwälzen, die wie Deutschland und Rus-
land die Qualität des Abrüstungsentwurfs bezweifeln
und allen Anlaß dazu haben! Zum Schluß erhob sich
nun nochmals Reichsaußenminister Dr. Curtius und
entgegnete, auch er hoffe, daß alle Regierungen mit dem
positiven Willen nach Genf kommen, die in Artikel 8
ausgesprochene Verpflichtung zur Abrüstung zu ver-
wirklichen. Die deutsche Regierung wüßte nichts sehn-
licher, als eine rasche Durchführung der Abrüstung. Er
wolle nicht behaupten, daß alle Fragen auf der Kon-
ferenz wieder aufgenommen werden müßten. Es sei
vielleicht möglich, eine Reihe dieser
noch offenen Fragen

bei der Vorbereitung der Konferenz in den Verha-
ndlungen von Regierung zu Regierung zu klären, er
bleibe aber bei seiner Auffassung, daß dieser Konven-
tionsentwurf, den die deutsche Regierung lediglich zur
Kenntnis genommen habe, keinerlei rechtliche Verpflich-
tungen enthalte.

Polen moralisch verurteilt.

Die Verletzung der Minderheitenverträge vom Rat fest-
gestellt. — Der Völkerbund muß fort! — Auffständischen-
verband eine Friedensgefahr.

— Genf, 26. Januar.

Der Völkerbundsrat beendete die Verhandlung
über die deutschen Antiklagen gegen Polen mit der
Zustimmung zu einem von dem Berichterstatter, dem
Japaner Yoshizawa, vorgelegten Bericht, womit die
deutschen Forderungen in wesentlichen Punkten ange-
nommen worden sind. Ferner hat sich der polnische
Außenminister Jozefski verpflichtet, dem Völkerbunds-
rat in der Mai-Tagung über die Maßnahmen Mittei-
lung zu machen, die von der polnischen Regierung zur
Veränderung des Systems in Ostoberschlesien ergriffen
worden sind.

Die entscheidenden Stellen des Yoshizawa-Berichts,
die eine moralische Verurteilung Polens durch den Rat
bedeuten, lauten:

„Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum,
denen die Bewohner Oberschlesiens ausgesetzt sind, an-
geht, so hat niemand bestritten, daß Taten dieser Art,
wie sie in den Beschwerden aufgezählt sind, vorgekom-
men sind und daß diese Vorgänge verärgertig schwerwie-
gend sind, daß man in zahlreichen Fällen von einer
Verletzung der Artikel 75 und 83 der Genfer Kon-
vention sprechen muß. Das sind Tatsachen, die der
Rat feststellen muß.“

Wie der Vertreter Deutschlands vor dem Rat
gesagt hat, ist entscheidend die Haltung der Be-
hörden. Hier ist zu unterscheiden zwischen direkten
und indirekten Verantwortlichkeiten. Die polnische Re-
gierung hat mitgeteilt, daß die vom Deutschen Volks-
bund erwählten Fälle Gegenstand einer genauen Un-
tersuchung seien. Der Rat wünscht aber, daß die pol-
nische Regierung vor der nächsten Ratstagung im Mai
ein ausführliches und detailliertes Exposé der Ergeb-
nisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen ein-
reiche, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen
Regierung auch auf die

Vergeltungs- und Schadenersatz- maßnahmen

erstrecken, die im Verlauf dieser Untersuchungen von
ihm unternommen werden.

Was die indirekten Verantwortlichkeiten angeht,
so ist es von großer Bedeutung, daß im Interesse der
Ruhe und des Friedens in solchen Gebieten wie Schle-

sien alles vermieden wird, was auf direkte oder in-
direkte Weise dazu beitragen könnte, die Gemüter zu
erhitzen und die Leidenschaften zu erregen. Es versteht
sich von selbst, daß sich hieraus für die Behörden be-
sonders schervliegende Verantwortlichkeiten und Ver-
pflichtungen ergeben, welche ihrerseits eine gewis-
senhafte Beachtung der Minderheitsrechte und ein
weitgehendes Verständnis erfordern. Es
dürfte insbesondere notwendig sein, daß keine Behörde,
welche sie auch sei — und je höher die Behörde gestellt
ist, um so gebieterischer ist diese Verpflichtung — sich
dem Verdacht aussetzen darf, sich an politischen Strei-
tigkeiten zu beteiligen, besonders wenn diese eine die
Minderheit berührenden Charakter tragen.

Uebrigens ergibt sich aus den Dokumenten,
welche dem Rat unterbreitet wurden, und aus den De-
batten, welche in diesen letzten Tagen stattgefunden
haben, der Eindruck, daß der sogenannte „Auffständi-
schenverband“ von einem Geiste befeelt ist, der sicherlich
nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen zwei Ele-
menten einer Bevölkerung zu erleichtern, deren fried-
liches Nebeneinanderleben eine Vorbedingung der po-
litischen Konsolidation in diesem Teile Europas dar-
stellt. Es liegt auf der Hand, daß in Gebieten mit
einer gemischten Bevölkerung, wie Oberschlesien, keine
Vereinigung mit ausgesprochener nationalistischer Ten-
denz in dem Sinne privilegiert sein dürfte, daß dies
den Interessen einer Minderheit Abbruch tun kann.
Um dieses Ziel zu erreichen und mangels eines anderen
Mittels dürfte deshalb ein Interesse daran bestehen,
daß die polnische Regierung die notwendigen Maßnah-
men trifft, um die Beziehungen zu Isen, welche
zwischen den Behörden und denartigen Vereinigungen
bestehen können, die eine politische Aktivität entfalten,
wie sie oben beschrieben ist. Es ist in jedem Falle
unerlässlich, daß man bei der deutschen Minderheit der
Wojewodschaft Schlesien wieder ein Gefühl des Ver-
trauens erweckt, welches unglücklicherweise tief erschüt-
tert zu sein scheint, und ohne das sich zwischen Min-
derheit und Staat nicht die Zusammenarbeit herstellen
läßt, die die Verträge und die Resolutionen der Völ-
kerbundsversammlung und des Völkerbundsrates als
eine gebieterische Pflicht sowohl für den Staat wie auch
für die betreffende Minderheit hingestellt haben.

Der Rat wird bestimmt zu gegebener Zeit vor sei-
ner nächsten Session von den Entscheidungen, welche die
polnische Regierung in dieser Richtung zu treffen für
richtig befunden haben wird, Kenntnis zu nehmen
wünschen.

Nach der Erledigung der Minderheitenfrage nahm
der Vorsitzende des Rates, der englische Außenminister
Henderson, das Wort zu einer Schlußansprache,
in der er nochmals feststellte, daß
die Minderheitenverträge eine lebenswichtige Sache
für die Aufrechterhaltung des Friedens sind und eine
Angelegenheit der ganzen Welt. Schläge dieses System
fehl, dann seien die Folgen nicht abzusehen.

Eine sehr lange Debatte entspann sich dann noch
im Anschluß an einen Bericht des norwegischen Außen-
ministers Nowinkel über die Memelfrage, die schließ-
lich bis Mai zurückgestellt wurde. Hierbei kam es zu
einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Curtius und
dem Litauer Baunus, der sich verschiedene ungebühr-
liche Ausfälle gegen die deutsche Anzeiger erlaubte und
damit eine Abfuhr geradezu herausforderte.

Was die Bedeutung der Ratsentscheidung gegen
Polen betrifft, ist abzuwarten, wie Polen die Rats-
beschlüsse ausführen wird und welche Garantien für
die Durchführung der Entscheidung gegeben worden
sind.

„Ein voller Sieg Polens!“

Die polnische Presse zum Genfer Ergebnis.

— Warschau, 25. Januar. „Der Bericht des Völke-
rundes, ein voller Sieg Polens!“ So schreibt die polni-
sche Presse zum Genfer Ergebnis. Das maßgebendste Re-
gierungsblatt, die „Gazeta Polska“, findet sogar, daß
der Bericht sich völlig mit dem polnischen Standpunkt
deckt. Mit besonderer Befriedigung hebt die polnische
Presse allgemein hervor, daß in dem Ratsbericht weder
von einem Sonderauschuß noch von einer Auflösung des
Auffständischenverbandes in Oberschlesien die Rede sei.
Die „Gazeta Polska“ erklärt folgendes: „Wie vorauszu-
sehen war, hat der deutsche polnische Angriff, der unter
dem Vorwand der Minderheitenfrage gegen Polen ge-
führt wurde, einen völligen Mißerfolg erlitten.“ Der
„Krakauer Illustrierte Kurier“, der in diesem Kreise
nicht fehlen darf, sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß
die deutschen Versuche, in Genf ein polenfeindliches Ge-
witter zu entfachen, erfolglos geblieben seien. Die Oppo-
sitionsblätter beschränken sich zunächst lediglich darauf,
die Genfer Beschlüsse kommentarlos widerzugeben.

4765000 Arbeitslose.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden
Mitte Januar aus Mitteln der Arbeitslosenversiche-
rung rund 2396000, aus der Krisenfürsorge rund
739000 Arbeitslose unterstützt. Gegenüber dem vorigen
Stichtag bedeutet das eine Zunahme um rund 230000
Begr. rund 62000.

Unter den am 15. Januar bei den Arbeitsämtern
verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Ab-
zug der noch in Stellung oder in Notstandsarbeit Be-
findlichen — rund 4765000 Arbeitslose. Zu ihnen
gehören außer den Unterstützungsempfängern noch die
von der öffentlichen Fürsorge Betreten (Wohlfahrts-
erwerbslose), ferner zahlreiche Arbeitslose, die am Stich-
tage die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung
durchzumachen hatten oder die auf Grund der starken
Fluktuation des Marktes sich im Uebergang zwischen
verschiedenen, zum Teil kurzfristigen Beschäftigungen
befanden.

Das Konferenz-Datum.

Hinausschiebung des Rüstungsausgleichs.

— Genf, 26. Januar.

Mit dem Beschluß des Völkerbundes, die Welt-Abrüstungskonferenz, auf die man sich seit fünf Jahren vorbereitete, für den 2. Februar 1932 nach Genf einzuberufen, ist die erste Entscheidung in der für Deutschland so bedeutsamen, für das Schicksal des Völkerbundes aber schlechthin entscheidenden Frage des Rüstungsausgleichs gefallen.

Der Termin, auf den sich der Rat nun geeinigt hat, liegt nicht ganz so spät, wie es die französische Delegation wünschte, immerhin aber doch weit mehr zurück, als es sachlich bedingt ist. Leider hat die deutsche Delegation auch diesmal mit ihrem Vorschlag, den 5. November 1931 zu wählen, keinen Anklang gefunden. Man hielt uns entgegen, eine Eröffnung der Abrüstungskonferenz im November bedinge nach sechs-wöchiger Dauer wegen des Weihnachtsfestes und der fälligen Januar-Tagung des Rates eine längere Unterbrechung. Das mag seine Richtigkeit haben, nur sollte man sich nicht den Anschein geben, als ob eine solche Unterbrechung irgendwie die Aussichten für den Erfolg beeinträchtigen müßte.

Die Frage des Zeitpunktes der Abrüstungskonferenz würde ein anderes Aussehen erhalten, wenn man nicht befürchten müßte, daß die Operation der Herbeiführung eines Rüstungsausgleichs schwieriger wird, je länger sie hinausgeschoben wird. Ueber das Ausmaß der Rüstungsbegrenzungen ließe sich reden; außerhalb der Diskussion steht aber, daß die Welt-Abrüstungskonferenz Deutschland in der Frage der nationalen Sicherheit die uneingeschränkte Gleichberechtigung zurückgeben muß. Mit anderen Worten: je später die Abrüstungskonferenz angesetzt wird, desto größer werden die Differenzen zwischen den abgerüsteten und den aufrüstenden Staaten und als notwendige Folge davon auch die Schwierigkeiten eines Ausgleichs. Dann ist auch zu beachten, daß die Abrüstungskonferenz sicher von sehr langer Dauer sein wird, so daß die Entscheidung über den Rüstungsausgleich jetzt frühestens Ende 1932 erfolgen kann.

Bereits eine flüchtige Betrachtung der Ratsentscheidung zeigt also, daß vom deutschen Standpunkt aus beträchtliche Bedenken gegen die getroffene Regelung bestehen. Weitere Bedenken muß der von der vorbereitenden Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Abrüstungsvertrags erwecken, der nicht anders hätte ausfallen können, wenn er ein Entwurf zur Sabotage der Abrüstung werden sollte. Deutschland hat diesen Entwurf eindeutig abgelehnt, schade nur, daß die Mehrheit der Ratsmitglieder nicht ebenso zu der Auffassung gekommen ist, daß der vorliegende Entwurf nur eines verdient, nämlich möglich bald in Rauch und Feuer aufzugehen.

Offen geblieben ist die Frage des Vorsitzes der Abrüstungskonferenz. Uebereinstimmung wurde lediglich darüber erzielt, daß die Wahl des Abrüstungspräsidenten nicht der Konferenz selbst überlassen bleiben, sondern vom Rat im Verlaufe der nächsten Tagung im Mai vorgenommen werden soll. Als Kandidaten gelten noch der tschechische Außenminister Beneš, der Griechische Politis und der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in London, General Dawes.

Die Verzögerung der Wahl des Abrüstungspräsidenten ist von deutscher Seite aus nicht zu bedauern, war es schließlich doch der Widerstand Deutschlands und Italiens gegen die Wahl des tschechischen Außenministers Beneš, der die Vornahme der Wahl in der Januar-Tagung vereitelt hat. Dadurch ist Zeit gewonnen worden, die jetzt genutzt werden muß! Denn daß der tschechische Außenminister in der Abrüstungskonferenz nicht den Vorsitz führen kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Beneš hat als Präsident der ehemaligen Sicherheitskommission des Völkerbundes sein möglichstes getan, um die eigentlichen Abrüstungsarbeiten aufzuhalten, zum anderen ist die Tschechoslowakei das Land, das am allerwenigsten geeignet ist, den Abrüstungspräsidenten zu stellen. Obwohl räumlich von sehr begrenzter Ausdehnung, hat sich die Tschechoslowakei in den Skoda-Werken in Pilsen und Prag eine Rüstungsindustrie geschaffen, die zu den stärksten der Welt gehört und die neben der Tschechoslowakei auch Rumänien und Südslavien mit Kriegsmaterial beliefert.

Der tschechische Staat ist aber nicht nur mit der Kriegsindustrie aufs engste verflochten, sondern er ist auch Frankreich — und damit der Macht, die am schroffsten jeder wirksamen Abrüstung abgeneigt ist — in einem Maße verbunden, das ihm zu einer eigenen Politik keine Freiheit läßt. Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich somit, daß der Präsident der Abrüstungskonferenz nicht von einer Staatsgruppe gestellt werden kann, im Kampf gegen die der Rüstungsausgleich errungen werden muß.

Abgesehen von der Person sind auch die Befugnisse des Abrüstungspräsidenten noch ungeklärt. Es handelt sich hierbei darum, ob die politische Vorbereitung der Konferenz — die technische liegt dem Generalsekretär und dem Berichterstatter Quinones de Leon ob — von dem Präsidenten oder in Verhandlung von Kabinett zu Kabinett vorgenommen werden soll.

Terror!

Schwere kommunistische Ausschreitungen in Bismark.

— Stendal, 26. Januar. Am Sonntag fand in Bismark eine kommunistische Kundgebung statt. Gegen Mittag erschienen fünf Lastautos und vierzehn Personenautos aus Magdeburg, deren Insassen auf dem Marktplatz eine Versammlung abhielten. Anschließend wurde ein Umzug durch die Straßen der Stadt veranstaltet. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen, u. a. wurden 2 Straßenpassanten, die ruhig ihres Weges gingen, überfallen, zu Boden geschlagen und schwer mißhandelt. Das Lokal des Gastwirts Kuren wurde von den Kommunisten gestürmt. Etwa 20 Personen drangen in das Gastzimmer ein und schlugen auf die dort sitzenden Gäste ein. Acht Personen wurden verletzt, davon 7 schwer. Das Inventar des Saales wurde in einen Trümmerhaufen verwandelt. Auch der 70-jähr. Gastwirt wurde schwer verletzt. Die Fenster Scheiben des Lokals wurden von außen eingeworfen. Zwei junge Leute wurden vor dem Lokal von den Demonstranten überfallen und übel zugerichtet. Der Pfarrer des Ortes, der sich zu einer Taufe begeben wollte, wurde beschimpft und bis in die Kirche hinein verfolgt. Die Polizei und Landjägerie erwiesen sich den Ruhestörern gegenüber machtlos. Im ganzen wurden 15 Verletzte, darunter zehn Schwerverletzte, gezählt.

Gandhi in Freiheit.

Auf Anordnung des Vizekönigs von Indien aus dem Gefängnis entlassen.

— Delhi, 26. Januar.

In Auswirkung der englisch-indischen Einigungskonferenz hat der Vizekönig von Indien Gandhi, den Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, sowie sämtliche in Haft befindlichen Mitglieder des ehemaligen Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses sofort und bedingungslos freigelassen. Die Verfügung, durch die dieser Arbeitsausschuß als ungesetlich erklärt worden ist, wurde aufgehoben.

Die Freilassung Gandhis und seiner Mitarbeiter — Gandhi befand sich seit dem 5. Mai 1930 im Gefängnis — stellt einen Versuch dar, nach den Mahatmas nunmehr auch die Führer der indischen Massen für das Werk der englisch-indischen Einigung zu gewinnen. Ohne weiteres werden die Freiheitskämpfer aber kaum bereit sein, die Beschlüsse der Londoner Konferenz als ausreichend anzuerkennen. Es bleibt daher abzuwarten, unter welchen Bedingungen sie sich zu einer Einstellung des Kampfes gegen England bereitfinden werden.

Senator Laval beauftragt.

Nachdem Briand die Neubildung der Regierung abgelehnt hatte.

Den ersten Versuch zur Bildung einer neuen französischen Regierung unternimmt gegenwärtig Senator Laval. Nach seinem Empfang durch den Staatspräsidenten erklärte er, er werde sein möglichstes tun, um ein Ministerium der Versöhnung und der Verständigung zustande zu bringen. Zuvor hatte der Staatspräsident Briand die Kabinettsneubildung anbieten lassen, doch hatte Briand telegraphisch und später im Verlaufe eines Telefongesprächs, die Übernahme des Auftrags abgelehnt mit der Begründung, „er könne nicht gleichzeitig die Außenpolitik leiten und den Vorsitz im Kabinett führen.“

Stapellauf bei der Reichsmarine.

Am Jahrestage der Doggerbank-Schlacht.

Am Jahrestage der Doggerbank-Schlacht wurden auf der Wilhelmshavener Marinewerft ein Artillerietender und zwei Fischereischutzfahrzeuge der Reichsmarine mit einer kurzen militärischen Feier von Stapel gelassen. Der Chef der Marineleitung war durch den Chef der Marineinfanterie der Nordsee, Vizeadmiral Zillesen, vertreten. Die Taufreden für die beiden Fischereischutzboote, die die Namen „Weiser“ und „Elbe“ erhielten, wurden von Staatssekretär a. D. Hoffmann und für den Artillerietender, der den Namen „Bremse“ erhielt, von Vizeadmiral Brenzel gehalten. Der Artillerietender ist der Ersatzbau für das 1908 erbaute und inzwischen vollkommen veraltete Artillerieschulboot „Drache“.

Die beiden neuen Fischereischutzfahrzeuge werden gemeinsam mit dem bisher einzigen Fischereischulboot „Rietzen“ den Fischereischutzbienstand in der Nordsee versehen.

Sitzung des Wahlprüfungsgerichts.

Die konservativen Reichstagsmandate für gültig erklärt. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hielt seine konstituierende Sitzung ab und wählte den dem

Zentrum angehörenden Abgeordneten Dr. Bell, der auch schon im vorigen Reichstag im Wahlprüfungsgericht den Vorsitz führte, zum Präsidenten. Im Anschluß an die konstituierende Sitzung wurde in eine Spruchsitzung eingetreten zur Prüfung der vier Mandate der konservativen Volkspartei und des Mandats des Abg. Mönte.

Es handelte sich hierbei darum, daß die konservative Volkspartei bei den Reichstagswahlen im September in ihrem Wahlkreis ein Mandat errungen, aber auf Grund ihrer früheren Vereinbarungen mit der Landvolkspartei auf der gemeinsamen Reichsliste vier Mandate erhalten hat. Ein fünftes Mandat war ihr dadurch verlorengegangen, daß der Abgeordnete Mönte seine früher unterzeichnete Verzichtserklärung nachträglich nicht mehr anerkannte.

In dem nach längerer Verhandlung gefällten Urteilspruch erkannte das Wahlprüfungsgericht sämtliche Mandate der konservativen Volkspartei und ebenso das des Abgeordneten Mönte als gültig an.

Anschlußkündigung der Studentenschaft.

Anläßlich einer Reichsgründungsfeier.

Die alljährliche Anschlußkündigung der Deutschen Studentenschaft in Wien gestaltete sich anläßlich der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages und in Anwesenheit des deutschen Gesandten Graf Verdenfeld besonders festlich. Rektor Uebersberger betonte, die akademische Jugend müsse vor allem bereit sein, über alles Trennende sich zurückzufinden zum Schutze des Reiches und seiner Idee unter Ablehnung jeden unwahren Pazifismus. Die objektive Forschung habe längst erwiesen, daß das deutsche Volk nur zur Verteidigung in den Weltkrieg gezogen ist.

Die Schuldfrage müsse fallen, und ebenso müsse das deutsche Volk endlich Gleichberechtigung und das Recht der Selbstbestimmung erhalten.

Probeflug des „Do X“.

— Lissabon, 26. Januar. „Do X“ flog unter Führung des Kapitäns Christiansen zu einem Probeflug auf und ging dann wieder auf das Wasser nieder. „Do X“ wird in den nächsten Tagen Lissabon verlassen.

Polizeiverordnung.

über Fahrverbote in der Gemeinde Gadderbaum.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Polizeiverwaltungsgegesetzes vom 11. März 1850, der §§ 143 und 144 des Landesverwaltungsgegesetzes vom 30. Juli 1883, des § 30, Abs. 1 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 (R.G.B. I. Seite 91 folg.), der §§ 18 und 32 der Straßenverkehrsverordnung für die Provinz Westfalen vom 20. November 1926 (Sonderbeilage zu Stück 50 des Regierungsamtsblatts) und des Artikels III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 16. Februar 1924 (R.G.B. I. S. 44) wird nach Anhörung des Gemeindevorstandes von Gadderbaum die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Im Gebiet der Anstalt Bethel ist das Radfahren auf folgenden Wegen verboten: a) Friedhofsweg von der Leichenkapelle bis zum Bethelweg, b) Bethelweg vom Friedhofsweg (Haus Sunem) bis Kantensiek, einschließl. Sareptaweg, c) Razarethweg, d) Burgsteig, e) Königsweg vom Hause Wehker bis Kantensiek, f) Handwerkerstraße, g) Kantensiek vom Sareptaweg bis Königsweg, h) Weizenweg vom Kaiserweg ab, i) Semmelweg, k) Kirchwaldweg, l) Schulpfad.

§ 2. Gesperrt für Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge aller Art werden: a) Lössweg zwischen Sandweg und Eggeweg, b) Deckertstraße zwischen Gemeindefriedhof und Hebronnweg, c) Ramaweg vom Hause Kidron (Ramaweg 13) bis zur Einmündung in den Saronweg.

§ 3. Ausnahmen kann in besonderen Fällen die Wegepolizeibehörde zulassen.

§ 4. Uebertretungen dieser Polizeiverordnungen werden mit Geldstrafen bis zu 150.— RM, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

§ 5. Diese Polizeiverordnung tritt nach Anbringung der Warnungstafeln in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die den gleichen Gegenstand regelnden Polizeiverordnungen außer Kraft, nämlich: Polizeiverordnung über das Befahren des Löss-, Sand- und Eggeweges und der Deckertstraße vom 21. August 1928, Polizeiverordnung über den Radfahrverkehr auf Anstaltswegen vom 6. März 1928.

Gadderbaum, den 14. November 1930.

Die Polizeiverwaltung: gez. Dr. Huttel.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleichbach 28. Für Gefundenen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Ein junges Mädchen als

Haustochter

nach Bethel gesucht zum 1. oder 15. Februar. Schlacht um Schlacht. Wohnungen unter A 1.77 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Christlicher Automaten- und Chauffeur im 23. Lebensjahre, sucht

Stellung

als Hausmeister, Chauffeur od. in Vertikalt, ist auch in Maschin- und Bauhofsloren gut gewandt. Führerschein I u. II b. Verrichtet auch Nebenarbeiten. Gute Zeugn. vorhanden. Angebote an Karl Wagner Sr., Westheim bei Tauerbachshofheim.

Für ein kleineres Krankenhaus wird ein freundliches

jung. Mädchen

zur Erlernung der Krankenpflege gesucht, 1 Jahr Lehrzeit. Taschengeld kann gezahlt werden. Angebote unter A 1074 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Sunger, gläubiger

Drogist

Stettin, übernimmt Vertretung ersten Hauses, welches durch Ruf und Qualitätsware einem gewandten, fleißigen Verkäufer eine Existenz bietet (evtl. mit Auslieferungslager, Kautionsstellg.). Werte Angebote unter A 1069 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Gelegenheitskauf!

1 Piano fast neu, sowie einige gebrauchte

Pianos

sehr preiswert, abzugeben

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Südamerik. Malé

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße

Unser Tre ist zum gl. Preise auch in Opfr erhältlich.

Zuverlässiges, fleißiges Ehepaar, (53 Jahre), gelbt in Gartenarbeit, sucht

Stellung

als Hausverwalter, am liebsten in der Nähe Hamburgs oder Lübecks. Angebote unter A 1037 an d. Geschäftsstelle d. „Aufwärts“

Für ein besonders braves, ge-

fundes, gutbeachtetes Mädchen, das Dieren konfirmiert wird, wird auf dessen Wunsch eine

Stelle

in Bethel gesucht. Angebote unter A 1081 an die Geschäftsstelle d. „Aufwärts“.

Stellungsgefühle u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Nr. 23.

Wer
Den
Er
Den

Dsthi

Von bestu-

ginn der ent-

über die Ost-

Die Ostrei-

sonst ihr Erg-

daß die Theo-

den im Osten

Verordnungs-

es auf der S-

anstalt und

reichliche Erf-

sind, im Rah-

sie vom Reich-

Osten zu arb-

ist wesentlich

Preußenkaffe-

ter der Kont-

trieben nach

Grundprinzip-

nen. Schon

der Mittel f-

Schaffung ei-

vernachlässig-

werden könn-

Kreises zu fi-

tei zum Rü-

Gruppe gegen

und Bürokrat-

sich in der O-

machen komm-

mit Gewalt

Man hat

Ernährungs-

bindung der

schaftlichen V-

naue Uebere-

herein zum

Gefahren fü-

ihre abhängi-

etwa der gro-

einander gr-

kommen soll-

der experim-

das übrige

gefunden Ag-

waltung ihr

bereits beg-

Oststelle aus-

lehter Zeit

unmittelbar

Kreishauptm-

haft durchzu-

und erforder-

deren Inhab-

sind. Durch

Verörden, u

hilfe stieße

hilfe monate

die Arbeits-

tion schlage

der Osthilfe

ausreichende

gewesen.

Für die

dend sein, o

bestehen ble-

der in letz-

den der O-

insbesondere

Januar, au

Kanzlerreise